

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 40 (1960-1961)
Heft: 11

Artikel: Die militärpolitische Lage am Jahresanfang 1961
Autor: Frick, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-161133>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die militärpolitische Lage am Jahresanfang 1961

HANS FRICK

Der kalte Krieg

Das vergangene Jahr hat einen wahren Rekord an Reisen leitender Staatsmänner und an Konferenzen sowie eine Flut diplomatischer Noten gebracht. Trotzdem hat die Spannung zwischen Ost und West in keiner Weise nachgelassen; im Gegenteil, der kalte Krieg hat sich eher verschärft. Nach wie vor steht die deutsche, insbesondere die Berliner Frage im Zentrum der politischen Bestrebungen Sowjetrußlands in Europa. Die Bresche, die das freie Westberlin im Eisernen Vorhang bedeutet, soll in ein Sprungbrett für die weitere Ausbreitung des Kommunismus in Westdeutschland und sodann in ganz Westeuropa verwandelt werden. An der Januartagung des Obersten Sowjets hatte Chruschtschew den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Errichtung einer Freien Stadt Westberlin neben der Abrüstungsfrage als das Thema der im Mai abzuhaltenden Gipfelkonferenz genannt. Im Februar, anlässlich des Staatsbesuches des italienischen Ministerpräsidenten Gronchi in Moskau, wurde er noch deutlicher. Erneut verlangte er den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die «Liquidierung des Besatzungsregimes» in Westberlin. Dabei erklärte er, man müsse die Änderungen anerkennen, die seit dem Kriege erfolgt seien. Eine Liquidierung des sozialistischen Systems in der DDR sei unreal. Die Sowjetunion könne eine andere, gerechtere Lösung vorschlagen, die dem Geist der Zeit entspreche: Es wäre logisch und nützlich, wenn das kapitalistische System in Westdeutschland beseitigt und ganz Deutschland den Weg der sozialistischen Entwicklung gehen würde. Gleichzeitig begannen auch schon die Schikanen auf dem Gebiet des Berliner Ost-West-Verkehrs, indem für die Mitglieder der Militärmissionen der Westmächte in Berlin von den sowjetischen Militärbehörden neue Ausweise verlangt wurden, in denen die Bezeichnung «Sowjetische Besatzungszone» durch «Deutsche Demokratische Republik» ersetzt wurde. Die von den Oberbefehlshabern der westlichen Truppen in Deutschland angeordneten Retorsionsmaßnahmen gegenüber der sowjetischen Militärmission hatten dann allerdings den Rückzug dieser Forderung zur Folge, ein neuer Beweis für den Erfolg der Festigkeit. Die von amerikanischer Seite in die Diskussion geworfene Frage einer Volksabstimmung in beiden Teilen Deutschlands tat Chruschtschew mit

der Bemerkung ab, die Durchführung einer solchen sei Sache der beiden beteiligten Staaten.

In den Rahmen dieser Politik gehört auch der Staatsbesuch Chruschtschews in Frankreich Ende März und Anfang April. Es ist keine Frage, daß der russische Staatslenker dort den — allerdings ergebnislosen — Versuch gemacht hat, die deutsch-französische Freundschaft zu untergraben. Erneut erhob er seine bekannten Forderungen, drohte mit dem Abschluß eines separaten Friedensvertrages mit der DDR, bezeichnete Westdeutschland als Friedensstörer und erinnerte die Franzosen in einer öffentlichen Brandrede daran, wie oft Frankreich von Deutschland überfallen worden sei. Seine Erklärungen wurden allerdings von Staatssekretär Herter mit Schärfe zurückgewiesen.

Der Besuch bei de Gaulle wie auch die Tatsache, daß sich die drei westlichen Regierungschefs unmittelbar vor der Gipfelkonferenz mit Bundeskanzler Adenauer berieten, mußten Chruschtschew zur Einsicht kommen lassen, daß seitens des Westens in der Berlin-Frage keine Konzession zu erwarten sei. Ohne einen Erfolg auf diesem Gebiet konnte er aber wohl kaum von einer Gipfelkonferenz nach Rußland zurückkehren, ohne eine wesentliche Prestige-einbuße zu erleiden. Darin dürfte die eigentliche Ursache zu seinem Entschluß zu suchen sein, die Gipfelkonferenz zu sprengen. Die Tatsache, daß ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug unter mysteriösen Umständen zur Landung gezwungen werden konnte, lieferte dafür den willkommenen Vorwand. Da, wie vorauszusehen war, Eisenhower die ihm von Chruschtschew zugemuteten demütigenden Bedingungen nicht annehmen konnte, verließ der sowjetische Diktator die Konferenz, nicht ohne vor seiner Abfahrt auf einer Pressekonferenz Präsident Eisenhower auf das gröblichste zu beleidigen. Für den Erfolg der westlichen Festigkeit ist es aber charakteristisch, daß Chruschtschew anläßlich seines Aufenthaltes in Ostberlin während seiner Rückreise die Frage des Zeitpunktes eines mit der DDR abzuschließenden separaten Friedensvertrages nicht berührte und durchblicken ließ, daß er einstweilen von einseitigen Schritten gegen die Freiheit Westberlins absehen werde.

In der Folge setzte sich das ganze Jahr hindurch die sowjetische Kampagne gegen Westdeutschland, insbesondere gegen Bundeskanzler Adenauer fort. Dauernd wurde dieser von der Sowjetunion und ihren Satelliten des Revanchismus und der Friedensgefährdung angeklagt. In diesen Rahmen gehören Chruschtschews Drohungen gegen eine Sitzung des westdeutschen Bundestages in Berlin, der Protest gegen die Abgabe von Polaris-Raketen an die deutsche Bundeswehr, die Noten Polens an die NATO-Mächte wegen der Oder-Neiße-Grenze und die weiteren Schikanen im Verkehr zwischen der Bundesrepublik und Westberlin, die zu nachdrücklichen Protesten seitens der Westmächte führten.

Seit dem von Chruschtschew sabotierten Gipfeltreffen häuften sich auch die sowjetischen Anklagen gegen die Vereinigten Staaten. Als fernere Begründung

hiezuhiente der Abschluß eines weiteren amerikanischen Aufklärungsflugzeuges über der Barentsee am 1. Juli, der angeblich über sowjetischem Gebiet erfolgt sein sollte. Daß bei der Behandlung der Frage vor dem Sicherheitsrat der sowjetische Vertreter gegen die Vorschläge, den Fall durch eine Kommission oder durch das Rote Kreuz untersuchen zu lassen, sein Veto einlegte, sagt genug über die Unrechtmäßigkeit dieses Abschusses. Die sowjetischen Angriffe konzentrierten sich in der Folge mehr und mehr auf die Person Eisenhowers und seine Administration, wodurch wahrscheinlich versucht werden sollte, günstigere Voraussetzungen für Verhandlungen mit dem künftigen Präsidenten der USA zu schaffen. Schon nach dem Scheitern der Gipfelkonferenz hatte übrigens Chruschtschew die Notwendigkeit der Abhaltung einer solchen nach Ablauf von 6—8 Monaten betont; der letztere Termin fällt gerade in die Zeit des Amtsantrittes von Präsident Kennedy. Schließlich drohte er erneut mit dem Abschluß eines separaten Friedensvertrages mit der DDR, falls die Westmächte nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen nicht einer neuen Gipfelkonferenz zustimmten.

Der Unruheherd des Kongo

Neben der deutschen Frage haben besonders die Ereignisse im ehemals belgischen Kongo die Gegensätze zwischen Osten und Westen in schärfster Form aufflammen lassen. Sie erhielten so eine weit über die örtliche hinausgehende weltpolitische Bedeutung. In einer im Januar abgehaltenen Konferenz der Vertreter der belgischen Regierung und des Parlaments sowie der verschiedenen politischen und ethnischen Gruppen des Kongo war beschlossen worden, diesem Gebiet auf den 30. Juni die Unabhängigkeit zuzuerkennen. Allein es sollte sich rächen, daß Belgien, trotz aller unbestreitbaren Anstrengungen für die Entwicklung des Kongo, es unterlassen hatte, einheimische Kader heranzubilden. Schon wenige Tage nach der Proklamation der Unabhängigkeit kam es zu Meutereien kongolesischer Truppen gegen ihre belgischen Vorgesetzten und anschließend zu schweren Ausschreitungen gegen europäische Siedler. Darauf folgten die Intervention belgischer Truppen zum Schutze der eigenen Staatsangehörigen, der Appell des Staatspräsidenten Kasavubu und des Ministerpräsidenten Lumumba an den Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Absendung von UNO-Truppen sowie der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Belgien. Am selben Tag, an dem der stellvertretende Generalsekretär der Vereinten Nationen der Kongoregierung mitteilte, daß UNO-Truppen innerhalb 48 Stunden eintreffen werden, telegraphierten die beiden kongolesischen Regierungsmänner an Chruschtschew, sie müßten allenfalls sowjetischen Beistand erbitten, falls der Westen seine Aggression fortsetze. Im Lichte der späteren Entwicklung möchte man annehmen, daß der Appell an die Vereinig-

ten Nationen von Kasavubu, derjenige an Chruschtschew von Lumumba ausging. Schon damals also zeichnete sich der Zwist zwischen diesen beiden Männern ab, der in der Folge und bis heute wesentlich für die dauernde Unstabilität und die Unruhen in diesem Gebiet verantwortlich ist. Selbstverständlich schaltete sich sofort die Sowjetunion ein, indem sie durch Protestnoten die USA beschuldigte, unter der Flagge der Vereinigten Nationen eine Intervention im Kongo vorzubereiten, und die deutsche Bundesrepublik anklagte, Flugplätze für den Transport ausländischer Truppen zur Verfügung zu stellen und sich dadurch an der «Verschwörung» gegen den Kongo zu beteiligen. Es handelt sich hierbei um das schon von Hitler mit Erfolg angewandte Verfahren, den Gegner dessen zu beschuldigen, was man selbst tut; die Sowjets haben ihrerseits mehrfach Flugzeuge zur Unterstützung der ihnen ergebenen Gruppen in den Kongo geschickt. Es zeigte sich mehr und mehr, daß Lumumba, ein wilder Demagoge, durchaus moskauhörig war. Schon im August kam es zu Ausschreitungen kongolesischer Truppen gegen solche der UNO, trotzdem die letzteren, vor allem dank dem mäßigenden Einfluß Generalsekretär Hammarskjölds, ihre Aufgabe mit großer — man möchte beinahe sagen zu großer — Zurückhaltung durchführten. Die Absetzung Lumumbas durch Kasavubu und seine spätere Verhaftung, die Ausweisung des sowjetischen und des tschechischen Botschafters, die Ernennung einer neuen Regierung und später die Einrichtung eines Rates der Generalkommissare durch den Obersten Mobutu vermochte dem Lande die Ruhe nicht zurückzugeben; politische, persönliche und Stammesfehden verursachten immer wieder blutige Zwischenfälle. Die Sowjetunion benützte diese Lage zu einer scharfen Kampagne gegen Hammarskjöld und indirekt gegen die Vereinigten Nationen überhaupt. Schon im Sicherheitsrat beschuldigte der Sowjetvertreter Zorin Hammarskjöld der Konspiration mit den NATO-Staaten zwecks Wiedererrichtung des Kolonialismus, und kurz darauf wiederholte Chruschtschew diese Vorwürfe in der Vollversammlung der UNO, indem er gleichzeitig verschlug, das Amt des Generalsekretärs durch ein Dreierkollegium zu ersetzen, das aus je einem Vertreter des Ostblocks, der Westmächte und der neutralen Staaten zusammengesetzt sein sollte. Daß durch eine derartige Neuordnung die Vereinigten Nationen noch in höherem Maße lahmgelegt würden, als sie es durch die zahlreichen sowjetischen Vetos im Sicherheitsrat schon sind, liegt auf der Hand. Im weiteren Verlauf der Vollversammlung, in der Chruschtschew die Kolonialvölker aufforderte, zu den Waffen zu greifen, falls sich die Vereinigten Nationen weiterhin wehren sollten, einer sofortigen Beendigung des Kolonialsystems zuzustimmen, wurde von philippinischer Seite der Antrag gestellt, auch die Unabhängigkeit der osteuropäischen Staaten in die Debatte einzubeziehen. Dieser Vorschlag führte zu den tumultuarischen Szenen, in denen sich die sowjetische Mentalität und Chruschtschews Vulgarität in aller Deutlichkeit enthüllten. Einmal mehr zeigte sich, daß die Sowjets weder die Befriedung der Welt noch die wirkliche Ver-

besserung des Loses der unterentwickelten Völker erstreben, sondern mit allen Mitteln jeden bestehenden Unruheherd zu weiteren Angriffen auf die freie Welt ausbeuten.

Übrige afrikanische Länder

Neben den Unruhen im Kongo ist vor allem auch der *Algerienkonflikt* von weltpolitischer Bedeutung, wie sehr er auch von Frankreich als innerfranzösische Angelegenheit betrachtet wird. Das ergibt sich allein schon daraus, daß namhafte französische Streitkräfte, die für die Verteidigung Westeuropas notwendig wären, in Algerien gebunden sind. Die Kampfhandlungen in jenem Lande werden zu Unrecht als Krieg bezeichnet, denn die Aktionen der Rebellen vom FLN sind viel mehr Terrorakte als eigentliche militärische Operationen. Den Unternehmungen der Rebellen fallen ja weit mehr Muselmanen als Franzosen zum Opfer, und zwar auch Frauen, Kinder und harmlose Touristen. Erstaunlicherweise ist von westlichen Staatsmännern noch niemals in aller Schärfe erklärt worden, daß, wer Terror anwendet, das Anrecht verliert, gehört zu werden, und möchten seine Ziele noch so aner kennenswert sein. Daß bei der Abwehr der Rebellenaktionen seitens der französischen Truppen teilweise Methoden angewandt wurden, die in schroffem Gegensatz zu den abendländischen Idealen der Humanität auch im Krieg stehen, erleichterte die Lage natürlich nicht. Die steigenden Erfolge der Franzosen in den Kämpfen gegen die Rebellenverbände einerseits und die gemäßigte und weitsichtige Politik de Gaulles andererseits wären dazu angetan, eine für alle Beteiligten annehmbare Lösung des Problems zu erleichtern; allein die sture, die reale Lage völlig verkennende Agitation der französischen Ultras erweckt immer neues Mißtrauen unter den mohammedanischen Algeriern. Als besonders unerfreulich erwies sich dabei die Tatsache, daß Teile der Armee und selbst Generäle mit den Ultras mehr oder weniger sympathisierten und die Politik de Gaulles offen angriffen. Dazu kommt die Unterstützung, mindestens moralischer Natur, die der FLN von seiten der Vereinigten arabischen Republik und verschiedener afrikanischer Staaten erhält. Der Versuch einer Verständigung durch die Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und Vertretern der algerischen Exilregierung im Juni in Melun mußte daher scheitern. Dabei ist noch festzustellen, daß diese sogenannte Regierung ja praktisch nur die Angehörigen des FLN, also bei weitem nicht die Mehrheit der muselmanischen Bevölkerung Algeriens vertritt; wäre dem nicht so, so brauchte man ja keinen Terror anzuwenden! Die Sowjetunion hielt sich während des größten Teils des abgelaufenen Jahres in der Algerienfrage außerordentlich zurück, was darauf zurückzuführen ist, daß sie hoffte, Frankreich in der deutschen Frage doch noch auf ihre Seite zu bringen. Dies sollte sich jedoch in der zweiten Jahreshälfte ändern.

Der «Ministerpräsident» Ferhat Abbas besuchte Ende September Moskau und anschließend Peking, wo er nach seinen Angaben die Zusicherung voller Unterstützung erhielt. So ist es auch nicht erstaunlich, daß die Kreise um die Exilregierung sich gegenüber dem von de Gaulle vorgelegten Algeriengesetz, das am 8. Januar 1961 der Gesamtbevölkerung im französischen Mutterland und in Algerien zur Abstimmung unterbreitet werden sollte, von vornherein ablehnend verhielten, obwohl es die Grundzüge einer vernünftigen Regelung der Selbstbestimmung festlegte. Die mit großem persönlichen Mut unternommene Reise de Gaulles nach Algerien zu Anfang Dezember, die bezweckte, besonders die Armee an ihre Pflicht zu erinnern, hatte heftige Demonstrationen der Ultras zur Folge, denen auf dem Fuße Gegendemonstrationen von Muslimen folgten, wobei es zu blutigen Zwischenfällen kam. Wenn man gewissen Nachrichten von algerischer Seite glauben darf, waren die Demonstrationen der Ultras besonders an jenen Orten stark, die als Hochburgen des Kommunismus gelten. Es wäre nicht verwunderlich, wenn auch hier Moskau die Hand im Spiele hätte, da es ja nationalistische Bewegungen aller Art für seine Zwecke auszubeuten sucht. Auch in bezug auf das Algerienproblem bleibt also zu Jahresanfang alles in der Schwebe; erst im Verlauf der nächsten Monate wird sich zeigen, ob es de Gaulle gelingt, sein Programm durchzusetzen.

Die übrigen afrikanischen Staaten sind weltpolitisch wenig hervorgetreten. Im Gegensatz zum belgischen Kongo haben sich in den zahlreichen andern im Laufe des Jahres unabhängig gewordenen Gebieten weder schwere innere Unruhen noch Ausschreitungen gegen Europäer ereignet. Die der französischen Communauté angehörenden afrikanischen Staaten haben sich in der Beurteilung der Kongo- wie der Algerienfrage sehr gemäßigt gezeigt und namentlich auch für den Standpunkt Frankreichs Verständnis bezeugt, indem sie sich gegen die Überweisung des Konfliktes an die Vereinigten Nationen erklärten. Einzig Guinea, Ghana und der Sudan haben in gewissem Sinne Anlehnung an den Ostblock gesucht, wie besonders der Besuch Sékou Tourés in Moskau und Peking erwiesen hat. Die Rassenschwierigkeiten innerhalb der zentralafrikanischen Föderation und in der südafrikanischen Republik sowie der rasch zusammengebrochene Staatsstreich in Äthiopien haben ebenfalls bis jetzt keine nennenswerte weltpolitische Wirkung gehabt.

Naber und Mittlerer Osten

Im Nahen und Mittleren Osten haben sich die Verhältnisse im Laufe des abgelaufenen Jahres nicht wesentlich verändert. Nach wie vor besteht die scharfe Spannung zwischen den arabischen Staaten und Israel. Aber auch innerhalb der ersteren sind die Gegensätze durchaus nicht verschwunden; im Gegenteil: seit dem Attentat auf den jordanischen Ministerpräsidenten Madjali am 29.

August herrscht eine feindselige Atmosphäre zwischen Jordanien und der Vereinigten arabischen Republik, von wo aus der tapfere König Hussein dauernd aufs schärfste angegriffen wird. Auch die Beziehungen zwischen der VAR und dem Irak sind nicht besonders herzlich. Dieser letztere ist wiederum im Streit mit Iran, da er den diesem gehörigen Hafen von Abadan beansprucht. Schließlich ist es auch zum Bruch zwischen dem Iran und der Vereinigten arabischen Republik gekommen, da ersterer mit Israel diplomatische Beziehungen aufgenommen hat. Angesichts dieser sich überkreuzenden Spannungen und Gegensätze dürfte es der Sowjetunion nicht leicht fallen, sich in diesem Raum zuverlässige Stützpunkte zu schaffen; ihr Beitrag an den Bau der zweiten Stufe des Assuandammes und der Besuch Mikojans im Irak dürften an dieser Sachlage kaum viel geändert haben.

Das wichtigste Ereignis im Nahen Osten war der Umsturz in der *Türkei*, der durch die steigende Opposition gegen die Regierung Menderes ausgelöst wurde. Es darf angenommen werden, daß die unter Leitung von General Gürsel stehende neue Regierung stabilere Verhältnisse herstellen und aufrechterhalten kann; eine Änderung der außenpolitischen Haltung und damit des Verhältnisses zur NATO und CENTO dieses für die westliche Verteidigung so wichtigen südöstlichen Stützpfilers ist nicht zu befürchten.

Der Ferne Osten

Der Ferne Osten erfreut sich einer besonderen Aufmerksamkeit des kommunistischen Blocks, wobei eine gewisse Konkurrenz zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China unverkennbar ist. Davon zeugen allein schon die Besuche Chruschtschews in Burma, Indien und Indonesien sowie der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen der Volksrepublik China und Burma. *Indonesien*, das wegen Neuguinea in immer schärferen Gegensatz gegen die Niederlande gerät und die diplomatischen Beziehungen zu diesem abbrach, rückt immer deutlicher an die Seite der Sowjetunion, die es mit Waffen und Ausrüstung beliefert. Es besteht die Gefahr, daß sich dieses strategisch wichtige Land zu einem sowjetischen Stützpunkt entwickeln könnte, was namentlich für Australien eine ernstliche Bedrohung darstellt.

Der *chinesisch-indische Grenzstreit* ist, wohl mit Rücksicht auf die Sowjetunion, von China einstweilen aufs Eis gelegt worden. Dadurch wird auch vermieden, daß sich Indien stärker an den Westen anlehnt. Trotz ihrer gewissen Meinungsverschiedenheiten handeln die beiden kommunistischen Großmächte im Fernen Osten in einheitlicher Richtung. Dies zeigte sich zunächst im Bestreben, *Japan* aus der Verbindung mit dem freien Westen zu drängen. Hierzu wurden vorerst Protestnoten gegen die Erneuerung des japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes abgesandt. Da der Pakt dennoch unterzeichnet wurde,

erregte man, unter Benützung der linksgerichteten Studentenorganisation Zengakuren, Demonstrationen gegen die Regierung Kishi und gegen den geplanten Besuch Präsident Eisenhowers, so daß dieser abgesagt werden mußte. Wie weit die neue Regierung Ikeda auf die Dauer mit diesen innerpolitischen Gefahren fertig wird, ist einstweilen nicht abzusehen.

Besonders gefährlich ist die Intervention des kommunistischen Blocks in *Laos*. Der Staatsstreich des Hauptmanns Kong Lee, durch den die legale Regierung gestürzt und zunächst durch ein Revolutionskomitee ersetzt wurde, hatte zur Folge, daß hernach der schwache, neutralistisch gesinnte Prinz Souvanna Phouma Ministerpräsident wurde, der eine Zusammenarbeit mit dem von seinem Halbbruder geführten kommunistischen Pathet Laos anstrebte. Der Weg zur Volksfront, der Vorstufe der rein kommunistischen Regierung, war damit geöffnet. Gegen diese Entwicklung erhob sich der frühere Oberbefehlshaber der Armee, General Phoumi Nosavan, der eine Revolutionsregierung bildete. Es kam zu heftigen Kämpfen, in deren Verlauf Prinz Souvanna Phouma nach Kambodscha floh, worauf der König den prowestlich eingestellten Prinzen Boun Oum zum Ministerpräsidenten ernannte. Souvanna Phouma hatte noch kurz vor seiner Flucht gegen die Lieferung amerikanischer Waffen an Phoumi Nosavan protestiert; allein es konnte festgestellt werden, daß die Sowjetunion durch zahlreiche Transportflugzeuge die Truppen Kong Lees dauernd mit modernsten Waffen und Geräten versorgte. Auch scheint es, daß diese durch Truppen des kommunistischen Vietminh verstärkt werden. Am Jahresende waren die Kämpfe noch durchaus unentschieden, und es läßt sich nicht voraussehen, wie sich die Verhältnisse weiter entwickeln werden. Ein Sieg Kong Lees würde das Land dem Kommunismus ausliefern und damit dessen Bereich in Südostasien weiter ausdehnen. Eine ernstliche Bedrohung Thailands sowie von Süd-Vietnam wäre die Folge. Dieser Kampf um ein Land, das den beiden kommunistischen Großmächten benachbart und für die Gesamtlage in Südostasien von großer Wichtigkeit ist, dürfte in Kürze den Kongokonflikt an weltpolitischer Bedeutung weit übertreffen. Es versteht sich von selbst, daß die USA und die übrigen Mitglieder des Südostasienpaktes diese Entwicklung mit großer Sorge verfolgen; weniger verständlich erscheint die Zurückhaltung, mit der die europäischen Alliierten Amerikas, zumal Großbritannien, dieses doch so wichtige Problem behandeln.

Mittel- und Südamerika

Auch in Mittel- und Südamerika hat der Kommunismus Erfolge zu verzeichnen. Das Regime Fidel Castros in *Kuba* hat sich eindeutig dieser Ideologie verschrieben und entsprechend mit der Sowjetunion Kontakt aufgenommen, die erstrebt, aus diesem Lande einen Stützpunkt zur weiteren Infiltration des gan-

zen Kontinents zu machen. Die wilden Anklagen Castros gegen die Vereinigten Staaten, die angeblich einen Angriff auf Kuba vorbereiten, die Drohungen Chruschtschews, Kuba Hilfe zu leisten, wobei auf die sowjetische Raketenmacht angespielt wurde, sowie die rücksichtslosen Verstaatlichungen ausländischer Unternehmungen schufen eine schwere Spannung. Es kann kaum bezweifelt werden, daß bei den gleichzeitig ausgebrochenen Aufständen in Costa Rica, El Salvador, Guatemala und Nicaragua Kuba die Hand im Spiele hatte. Auch hier läßt sich am Jahresende nicht beurteilen, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden und ob Fidel Castro sich halten kann, trotzdem zahlreiche seiner ehemaligen Anhänger von ihm abgefallen sind.

Die Abrüstungsfrage

Es ist keineswegs erstaunlich, daß angesichts der Spannungen und Konflikte in fast allen Teilen der Welt und bei dem unvermindert scharfen Gegensatz zwischen dem kommunistischen Ostblock und dem freien Westen die Abrüstung im vergangenen Jahr keinerlei Fortschritt gemacht hat. Man darf eben nicht vergessen, daß das Wettrüsten die Folge und nicht die Ursache dieses Gegensatzes ist und daß man eine gefährliche Krankheit nicht dadurch heilen kann, indem man lediglich die Symptome bekämpft. Zunächst trat Chruschtschew mit dem Plan einer allgemeinen, totalen Abrüstung hervor, die innerhalb von vier Jahren durchzuführen sei. Es ist offensichtlich, daß dieser Vorschlag zu rein propagandistischen Zwecken gemacht wurde, da eine gänzliche Abschaffung aller Streitkräfte schon aus Gründen der inneren Sicherheit ausgeschlossen und überdies innerhalb der kurzen dafür vorgesehenen Frist keineswegs zu realisieren wäre. Mit Recht betonten die Vertreter der Westmächte in den Sitzungen des Zehnmächteausschusses immer wieder, daß eine wirksame Kontrolle Vorbedingung der Abrüstung sei. Die Sowjetunion behauptete aber, daß die Westmächte nichts als Spionage anstelle von Abrüstung erstrebten. Als ob man sich vor Kontrolle auch geheimer Rüstungsmaßnahmen zu fürchten hätte, wenn man ehrlich bestrebt ist, abzurüsten! Nach längerem Hin und Her erklärte schließlich der sowjetische Vertreter Zorin am 27. Juni, die Sowjetunion könne an den weiteren Besprechungen nicht mehr teilnehmen, da der Westen nicht bereit sei, ernsthaft über die Abrüstung zu sprechen. Damit war der Zehnmächteausschuß praktisch aufgelöst; seine erneute Einberufung im August wurde von der Sowjetunion abgelehnt; diese schlug dagegen vor, das Abrüstungsproblem an einer Vollversammlung der Vereinigten Nationen unter Zuzug der Regierungschefs zu behandeln. Die sowjetische Taktik ist klar: einerseits möchte sie sich den nach Frieden hungernden und von der Angst vor dem Atomkrieg geplagten Völkern als Vorkämpferin des Friedens vorstellen und andererseits die Abrüstung so gestalten, daß ihr praktisch die

Möglichkeit bliebe, während deren verschiedener Phasen die stärkste Macht zu sein oder sogar im Geheimen weiterzurüsten. Daß zur Durchsetzung derartiger Pläne die Vollversammlung der Vereinten Nationen bessere Vorbedingungen gewähren würde, als ein kleiner Ausschuß von Mächtevertretern, liegt auf der Hand. Praktisch ist also auf dem Gebiete der Abrüstung die Lage genau dieselbe, wie sie vor einem Jahr an dieser Stelle eingehender geschildert wurde.

Das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West

In einer Zeit des kalten Krieges kann es sich nicht nur darum handeln, das rein militärische Potential der sich gegenüberstehenden Staatengruppen zu beurteilen. Der Grad der Übereinstimmung in den Fragen der Außen- und Militärpolitik unter den Angehörigen eines jeden Blocks, wirtschaftliche Fragen, vor allem aber auch die moralische Haltung der Bevölkerung sind von mindestens ebenso großer Bedeutung.

Im *Ostblock* hat die Sowjetunion im Rahmen des angekündigten Abbaues auf 2,4 Millionen Mann eine bescheidene Reduktion ihrer konventionellen Streitkräfte durchgeführt, indem zwischen 300 000 und 400 000 Mann entlassen wurden, was bestimmt aus wirtschaftlichen Gründen notwendig war. Allerdings hat Chruschtschew erklärt, diese Reduktion werde durch die Umstellung auf Raketen- und Kernwaffen mehr als wettgemacht; die Sowjetunion sei imstande, jeden Angreifer buchstäblich auszuradieren. Auf alle Fälle ist die Sowjetunion allein dem Westen an konventionellen Mitteln noch beträchtlich überlegen; nach den Angaben des britischen Instituts für strategische Studien könnte sie innerhalb von 30 Tagen 125 Divisionen ins Feld stellen; die Gesamtzahl der Mannschaften, die mobilisiert werden können, soll etwa 7 Millionen betragen. Nach den Angaben desselben Institutes wäre allerdings die Zahl der vorhandenen interkontinentalen Raketen noch eher bescheiden. Auch in bezug auf die mit Raketen bewaffneten Atom-Unterseeboote wäre die Entwicklung noch nicht so weit fortgeschritten, wie man im Westen annimmt. Die *Satelliten* können zusammen 60 Divisionen aufstellen, deren Zuverlässigkeit jedoch mindestens teilweise fraglich ist. Dazu kommen noch die Streitkräfte der *Volksrepublik China* in der Stärke von ca. 2 Millionen Mann, hinter denen allerdings die fast unerschöpflichen Menschenreserven dieses volkreichen Landes stehen.

Als Schwäche des Ostblocks sind die dauernden Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sowjetunion und China zu bewerten, die trotz sich wiederholender Freundschaftsbeteuerungen immer wieder auftreten. Presseäußerungen von der einen und andern Seite sowie auch gelegentlich Aussprüche leitender Staatsmänner lassen erkennen, daß der Streit über die orthodoxe Auslegung des Marxismus-Leninismus nicht begraben ist; das Schlußcommuniqué der im Dezember in Moskau durchgeführten kommunistischen Gipfelkonfe-

renz zeigt, daß man sich auf eine Kompromißlösung geeinigt hat, die die Gegensätze wohl kaum auf die Dauer zum Verschwinden bringt. Für die Verhältnisse im Satellitenraum sind die steigenden Zahlen der Flüchtlinge aus der deutschen Ostzone typisch; bei günstigeren Möglichkeiten würden sich wohl auch aus andern Satellitenländern vermehrt Leute absetzen. Eine schwere Katastrophe bedeutet für den Osten die große Hungersnot in China, an der neben der außerordentlichen Dürre und den Überschwemmungen bestimmt auch die kommunistische Administration mitschuldig ist. Auch in der Sowjetunion sprechen verschiedene Anzeichen für eine Agrarkrise; daß die Versorgungslage in der deutschen Ostzone sehr zu wünschen übrig läßt, ist kein Geheimnis. Ob und welche politischen Folgen diese Wirtschaftskrisen haben werden, steht freilich dahin.

Im *Westen* sind vor allem in der *deutschen Bundesrepublik* gewisse Fortschritte festzustellen. Im Laufe des begonnenen Jahres dürfte der vorgesehene Bestand von 12 Divisionen in der Hauptsache erreicht sein; ebenso schreitet die Aufstellung von Marine und Luftwaffe gut vorwärts. Im Rahmen der NATO hat der Vorschlag General Norstads, eine internationale Einsatzgruppe von Brigadestärke mit Atombewaffnung zu bilden, der Absicht Ausdruck gegeben, auch bei kleineren kriegerischen Verwicklungen sofort zuschlagen zu können, ohne auf die Terrorwirkung der schwersten Nuklearwaffen angewiesen zu sein. Der von Staatssekretär Herter an der Ministerkonferenz der NATO im Dezember vorgebrachte Vorschlag, der NATO in Europa 5 Atom-Unterseeboote mit Polarisraketen, deren Einsatz allerdings vom Pentagon aus geregelt würde, sowie 100 Polarisraketen zum Abschuß vom Boden aus, nach Befehlen des Oberkommandos der NATO-Streitkräfte in Europa, zur Verfügung zu stellen, begegnete allerdings nicht allgemeiner Zustimmung; es bleibt abzuwarten, was daraus wird. So schloß zwar die Ministertagung mit der Erklärung, die weitere Zusammenarbeit nach Kräften zu fördern und insbesondere in der Berlin-Frage festzubleiben, jedoch ohne eine Übereinstimmung in den praktischen Fragen erreicht zu haben. An den inneren Schwierigkeiten der NATO trägt ohne Zweifel die sture Abneigung de Gaulles, der Integration von Streitkräften zuzustimmen und seine auf überholtem Nationalismus begründete Absicht, eine eigene «force de frappe» zu schaffen und selbständig Atombomben zu entwickeln, die Hauptschuld. Auch die Gegensätzlichkeit zwischen der EWG und der EFTA, die in der Hauptsache auch auf die Haltung Frankreichs zurückgeht, trägt nicht zur Einigkeit des freien Westens bei. Schließlich bereitet auch die Haltung der deutschen Sozialdemokratie sowie diejenige von Teilen der englischen Labour-Partei, zumal in den Fragen der Atombewaffnung, der inneren Geschlossenheit des Westens Hindernisse, wiewohl das Verhalten der Sowjetunion, zumal Chruschtschews selbst, auch diese Kreise von ihren Illusionen weitgehend abgebracht hat.

Schlußfolgerungen

Im abgelaufenen Jahre ist nicht nur kein einziges der großen militärpolitischen Probleme, die die Welt bewegen, gelöst worden, sondern es haben sich noch eine Reihe weiterer dazugesellt. Das «Gleichgewicht des Schreckens», das durch die Ausrüstung der beiden maßgebenden Militärmächte mit Wasserstoff- und Atomraketen schwersten Kalibers und mit Fernraketen geschaffen wurde, hat den Ausbruch eines neuen Weltkrieges verhindert; solange dieses andauert, ist es unwahrscheinlich, daß von seiten der Sowjetunion ein solcher ausgelöst würde, da die Risiken dort mit Recht als viel zu groß eingeschätzt werden. Es versteht sich von selbst, daß der Westen nicht als Erster zum Kriege schreiten wird. Die Sowjets haben deshalb den kalten Krieg intensiviert und tun alles, um die Einheit des Westens zu untergraben, indem sie durch eine weltweite Propaganda bestehende Meinungsverschiedenheiten zu vertiefen und neue zu schaffen versuchen. Sodann bemühen sie sich, durch Hilfsangebote aller Art die unterentwickelten Länder für sich zu gewinnen, die, da meist Neutralisten, der kommunistischen Infiltration besonders günstige Bedingungen bieten.

Gegenüber dieser Bedrohung muß der freie Westen nicht nur seine militärische Rüstung weiter ausbauen und die zwischen seinen Staaten bestehenden Gegensätze militärpolitischer und wirtschaftlicher Natur raschestens zu bereinigen suchen, sondern er muß dafür sorgen, daß seine Völker nicht mehr und mehr sich ausschließlich dem durch die Prosperität der Wirtschaft ermöglichten materiellen Wohlleben hingeben, sondern daß die Werte gepflegt und hochgehalten werden, die die Grundlage der abendländischen Freiheit und Kultur bilden: das Christentum und die großen humanitären Traditionen der Antike. Dieser lebenswichtigen Aufgabe nachzukommen, ist nicht allein Pflicht der Regierungen, sondern letzten Endes die jedes einzelnen Staatsbürgers.